

Merseburger Correspondent.

Er scheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Geschäftsstelle: Delgade Nr. 5.
Telephonanruf Nr. 8.

Wöchentliche Beilage:

Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung,
1 Mark 20 Pfg. durch den Hermiträger.
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

Nr. 10.

Dienstag den 15. Januar.

1895.

Die Ziele der Agrarier.

Der Wortführer der konservativen Partei hat in der Debatte über das Umsturzgesetz einen guten Theil seiner Rede dazu verwendet, dem Centrum ins Gewissen zu reden, weil er aus der Rede des Abg. Groeber die Absicht herausgesehen hatte, die Zustimmung zu der Umsturzvorlage von der Aufhebung des Jesuitengesetzes abhängig zu machen. Auf die paar Seiten könnte es doch nicht ankommen, wenn es sich um so große ideale Ziele handelte. Ob Graf Limburg der Absicht des Centrums richtig gedeutet hat, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls war der konservative Redner der letzte, dem es zu stand, den Balken im Auge des Nächsten zu sehen. Graf Limburg hat doch so deutlich, wie nie möglich, der Regierung zu verstehen gegeben, daß, wenn die Konservativen die Hand zu dem Zustandekommen der Umsturzvorlage lösten, sie keineswegs gewillt seien, das lediglich im allgemeinen Interesse zu thun. Er hat zwar nicht ganz so deutlich, wie die „Kreuzzeitung“, es gewünscht hätte, aber völlig verständlich für Jeden, der die Sprache der Tagespolitik versteht, die Erklärung abgegeben, daß die konservative Partei der Vorlage im Allgemeinen zustimme, aber unter der Voraussetzung, daß die Regierung nun auch ihrerseits das Nöthige thue. Er hat es als erfreulich anerkannt, daß die Regierung nicht mehr wie früher verächtlich von der Vorlage der Landwirtschaft spreche. Aber das genügt nicht; wir jagte er, verlangen positive Reformen, nämlich: Säug der Landwirtschaft und des Landwerts.“ Und die „Kreuzzeitung“ interpretirt das dahin: „Wenn nicht thätkräftig und entschlossen in positiver Weise vorgegangen, wenn der Nothlage der Landwirtschaft und des Mittelstandes überhaupt nicht mit den Mitteln abgeholfen wird, die unter den heutigen Verhältnissen allein noch helfen können und die wir oft genug genannt (d. h. also mit dem Antrag Kanitz) — dann vermögen wir uns von der Umsturzvorlage keinen besonderen Gewinn zu versprechen.“ Da nun der Preis des Getreides nur für diejenigen eine Bedeutung hat, die Getreide verkaufen können, so ist es selbstverständlich, daß der Antrag Kanitz, d. h. die künstliche Vertheuerung für den Landwirth von um so größerem Interesse ist, je höher sein Grundbesitz ist. Die Agrarier sind eben nicht gekommen, ihre Unterstützung billig zu verkaufen. Diese Forderung stellen die Agrarier gegenüber der Regierung, welche erst in der Chronik erklärt hat, daß es die Pflicht der Staatsgewalt sei, gegenüber den streitenden Interessen der verschiedenen Elemente das Gesamtinteresse des Gemeinwessens und die Grundlage der ausgleichenden Gerechtigkeit zur Geltung zu bringen, um durch Milderung der wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze das Gefühl der Zufriedenheit und der Zusammengehörigkeit im Volke zu erhalten und zu fördern. Eine Begünstigung der Reicheren aber auf Kosten Aller wäre das gerade Gegentheil der Politik, zu der sich die Regierung bekannt hat. Um so selbstamer war es, daß Graf Limburg dem Centrum einen Vorwurf daraus machte, daß es die Dinge nicht an und für sich betrachte und sie in Verbindung bringe mit Sachen, die damit nichts zu thun haben, und Concessionen verlange. Von zwei Dingen eins: entweder die Konservativen sind von der Nothwendigkeit der Maßregeln zur Niederhaltung der Sozialdemokratie überzeugt, dann müssen sie bedingungslos zustimmen. Oder sie sind nicht davon überzeugt, dann gehen sie ebenso, wie nach ihrer Voraussetzung das Centrum, darauf aus, ein Handelsgeheimnis zu machen und ein unnützes und deshalb gefährliches Gesetz machen zu lassen, wenn die Regierung den verlangten Preis bewilligt. Das nennen unsere Agrarier: ideale Ziele verfolgen. Zeigt sich auch die Regierung von dieser „idealen“ Gefinnung befehl, so sind die Herren Graf Limburg und Gen. zu noch ganz anderen Leistungen auf dem Gebiete des Kampfes gegen den Umsturz bereit.

Graf Limburg ist darin mit dem Frh. v. Stamm einverstanden, daß die Sozialdemokratie nicht länger als eine gleichberechtigte politische Partei anerkannt werden darf; er spottet bereits über das Wort von dem „berechtigten Kern“ der sozialdemokratischen Bestrebungen, obgleich Niemand anders als Fürst Bismarck der Urheber desselben ist.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Die ungarische Kabinetskrisis hat schließlich doch mit einem Erfolge der liberalen Partei gedeutet. Die Kabinettsbildung hat der bisherige Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses, Baron Banffy, einer der entschiedensten Liberalen und der den Liberalen genehmteste Candidat, übernommen und damit ist die liberale Partei auch weiterhin als führende Regierungspartei anerkannt worden. Daß das Zugeständnis des Kabinetts Banffy ein Nachgeben der Krone an die ungarische liberale Partei bedeutet, erscheint zweifellos nach den Verlautbarungen über die Pläne des Grafen Khuen-Hedervary, welchen der König als Kabinettsminister gewünscht hat. Die Liberalen hatten zwar von Anfang an zu erkennen gegeben, daß Baron Banffy ihr Candidat sei. Sie hatten jedoch auch ein Kabinet Khuen acceptirt und schienen sogar zu Conzessionen bereit zu sein, die von vorjohar für den Bestand der liberalen Partei verhängnisvoll sein mußten. Graf Khuen-Hedervary hat aber noch bei Zeiten erkennen lassen, daß seine Politik dahin ginge, der liberalen Partei thatsächlich die Führung aus der Hand zu nehmen. Das Ansinnen des Grafen Khuen an die Partei, hierzu ihre Zustimmung zu geben, hatte dann aber eine scharfe Abweisung erfahren. Schon im Juni v. J. nach der ersten Demissionirung des Kabinetts Wexler hatte Graf Khuen-Hedervary die Kabinettsbildung versuchen wollen, war aber mit Hohn von der liberalen Partei zurückgewiesen worden. Diesmal schreite für die Partei maßgebend gewesen war, da es sich nicht mehr darum handelte, dem bisherigen Ministerpräsidenten noch ein besonderes Vertrauensvotum zu erteilen, wie damals im Kampf um die kirchenpolitischen Gelehe. Man versuchte daher mit dem Grafen Khuen sich ins Einvernehmen zu setzen, nachdem dieser die Durchführung der kirchenpolitischen Reformen und des sonstigen Programms der liberalen Partei zugestimmt hatte. Er verlangte aber außerdem die Ermächtigung, zu einer ihm geeignet erscheinenden Zeit und in einer Form, die er feststellen wollte, die Vereinigung aller auf staatsrechtlicher Grundlage stehenden Parteien durchzuführen, um die Verwaltungsreformen verwirklichen zu können. Das Verlangen des Grafen, ihm durch eine besondere Resolution in dieser Hinsicht freie Hand zu gewähren, wurde von der liberalen Partei ohne Besinnen für unannehmbar erklärt, da sich damit die liberale Partei selbst zu einer ferneren Aktion unfähig erklären würde. Damit war das Kabinet Khuen-Hedervary abgethan und nun mußte nachgedrungen der König, nachdem auch Koloman Szell abgelehnt hatte, sich an den Baron Banffy wenden, wenn er überhaupt die Kabinetskrisis auf gültige Weise entscheiden wollte. Jedenfalls hat die Regierung weise gehandelt, den gültigen Weg einzuschlagen, statt es mit einer Auflösung zu versuchen. — Baron Banffy, der neue ungarische Ministerpräsident, steht auf demselben politischen Standpunkt wie der zurückgetretene Ministerpräsident Dr. Wexler, hinter dem er freilich an Bedeutung weit zurücksteht. Man rühmt ihm große Energie nach, fürchtet andererseits aber allerdings, daß er vielleicht zu rücksichtslos sein werde. — Ueber die sonstige Zusammensetzung des neuen Kabinetts haben wir bereits das Wesentlichste berichtet. Die meisten der bisherigen Minister sollen im Kabinet bleiben. Banffy übernimmt außer dem Ministerpräsidentium auch noch das Ministerium des Innern. Der

Landesverteidigungsminister Baron Fejervary und der Unterrichtsminister Baron Göttös behalten ihre Portefeuilles. Der bisherige Handelsminister Lutas wird zum Justizminister. Hieronymi, der bisherige Minister des Innern, soll ein anderes Ressort übernehmen. Josipovich bleibt Minister in Kroatien. Als Nachfolger des bisherigen Justizministers Szilagyi ist, wie der „Pester Lloyd“ mittheilt, ein Politiker in Aussicht genommen, der als ehemaliger Mitarbeiter Szilagys in seiner Person die größten Bürgschaften für die Fortführung des von seinem Vorgänger begonnenen Werkes zu vereinigen scheint. Es blieben nur noch das Portefeuille für Ackerbau und das Ministerium a latere in Schweben; auch bezüglich dieser Ministerien aber nahm man eine baldige Entscheidung als sicher an. Die Vorschläge Banffys über die Besetzung der Ministerien sind vom Könige ohne weiteres genehmigt worden. Eine etwaige Candidatur des bisherigen Justizministers Szilagyi zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses würde nach dem Regierungsblatte dem König genehm sein.

Italien. Der Bestand der erythräischen Colonie scheint durch die doppelte Gefahr, die ihr aus Abyssinien und vom Sudan droht, ernstlich in Frage gestellt zu sein. Es stellt sich heraus, daß die abessinischen Hauptlinge durchaus nicht geschlagen sind, und man sogar von ihnen einen direkten Angriff befürchtet. General Baratieri ist deshalb noch gar nicht nach der erythräischen Colonie zurückgekehrt, sondern hat an der Grenze der abessinischen Landstrasse Tigre Halt gemacht. Die italienischen Streitkräfte sind, wie der „Bosk. Ztg.“ aus Rom gemeldet wird, in zwei Abtheilungen am oberen Mareb aufgestellt, um jeden Vormarsch des Mareb, der am Belesa, einem linken Nebenflusse des Mareb, steht, aufzuhalten. Am rechten Marebufer, beim Fort Abingri, steht General Rimondi; am linken bei Abisadi, hinter dem Nebenfließ Waitai, etwa 25 Kilometer von Abingri und von Belesa, steht der Statthalter General Baratieri. Seine Streitkräfte genügen gegen die tigrinischen Hauptlinge, doch wird zur Sicherung Kassalas und Kerens neuer Nachschub abgehen.

Bulgarien. Von dem Complot gegen Stambulow wegen dessen angeblicher Beteiligung an der Ermordung Velichewas hat die bulgarische Regierung nur notwendige Abstände nehmen müssen. Sie läßt bereits offiziös erklären, daß eine gerichtliche Anklage gegen Stambulow gänzlich ausgeschlossen sei. Wahrscheinlich sei die Untersuchung bereits eingestellt. Nachträglich sucht sich die Regierung nach außen hin weiß zu waschen und thut so, als ob eine Verhaftung Stambulows gar nicht beabsichtigt gewesen sei, während in den Augen aller unbefangenen Beurtheiler feststeht, daß man thatsächlich verhaftet hat, durch eine kunstvoll inszenirte Anklage, an deren Richtigkeit jedenfalls niemand weniger geglaubt hat als die bulgarischen Nachbarn selbst, Stambulow unschuldig zu machen. Jetzt heißt es freilich, eine Verhaftung Stambulows sei nicht beabsichtigt gewesen; die Akten seien zunächst dem Kriegsminister überwiesen worden, und falls eine Verhaftung sich später als notwendig erweisen sollte, so werde sie von dem Untersuchungsrichter des Obergerichtes angeordnet werden. — Nach Meldungen aus Sofia soll die Position des Ministeriums Stoilow in Folge der missglückten Action gegen Stambulow erheblich erschüttert sein. Der Fürst soll beabsichtigen, ein Ministerium im Sinne Santos zu bilden.

Serbien. Der König von Serbien hat in den letzten Tagen durch Vermittlung des Justizministers Djordjewitsch die Stimmung der radikalen Führer erkunden lassen, die, wie die „Köln. Ztg.“ mittheilt, übereinstimmend antworteten, sie alle würden die Regierung nur dann übernehmen, wenn Milan das Land verlasse und die abgegeschaffte Verfassung wieder hergestellt werde.

Merseburger Correspondent.

Er scheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Geschäftsstelle: Delitzsch Str. 5.
Telephonanruf Nr. 8.

Wöchentliche Beilage:
Illustriertes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung,
1 Mark 20 Pfg. durch den Heranzüger.
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

Nr. 10.

Dienstag den 15. Januar.

1895.

Die Ziele der Agrarier.

Der Wortführer der konservativen Partei hat in der Debatte über das Umsturzgesetz einen guten Theil seiner Rede dazu verwendet, dem Centrum ins Gewissen zu reden, weil er aus der Rede des Abg. Groeber die Absicht herausgelesen hatte, die Zustimmung zu der Umsturzvorlage von der Aufhebung des Jesuitengesetzes abhängig zu machen. Auf die paar Jesuiten könne es doch nicht ankommen, wenn es sich um so große ideale Ziele handele. Ob Graf Limburg vor der konservativen Partei die Aufhebung des Jesuitengesetzes abhängig zu machen, wenn es zu stand, den Balken im Auge des Nächsten zu sehen, Graf Limburg hat doch so deutlich, wie nie möglich, der Regierung zu verstehen gegeben, daß, wenn die Konservativen die Hand zu dem Zustandekommen der Umsturzvorlage böten, sie keineswegs gewillt seien, das lediglich im allgemeinen Interesse zu thun. Er hat zwar nicht ganz so deutlich, wie die „Kreuzzeitung“, es gewünscht hätte, aber völlig verständlich für Jeden, der die Sprache der Tagespolitik versteht, die Erklärung abgegeben, daß die konservativen Partei der Vorlage im Allgemeinen zustimme, aber unter der Voraussetzung, daß die Regierung nun auch ihrerseits das Nöthige thue. Er hat es als erfreulich anerkannt, daß die Regierung nicht mehr wie früher verächtlich von der Vorlage der Landwirtschaft spreche. Aber das genügt nicht; „wir“, sagte er, verlangen positive Reformen, nämlich: Säung der Landwirtschaft und des Landwerts.“ Und die „Kreuzzeitung“ interpretirt das dahin: „Wenn nicht thaktätig und entschlossen in positiver Weise vorgegangen, wenn der Nothlage der Landwirtschaft und des Mittelstandes überhaupt nicht mit den Mitteln abgeholfen wird, die unter den heutigen Verhältnissen allein noch helfen können und die wir oft genug genannt (d. h. also mit dem Antrag Kranig) — dann vermögen wir uns von der Umsturzvorlage keinen sonderlichen Gewinn zu versprechen.“ Da nun der Preis des Getreides nur für diejenigen eine Bedeutung hat, die Getreide verkaufen können, so ist es selbstverständlich, daß der Antrag Kranig, d. h. die künstliche Vertheuerung für den Landwirth von um so größerem Interesse ist, je größer sein Grundbesitz ist. Die Agrarier sind eben nicht gekommen, ihre Unterstützung billig zu verkaufen. Diese Forderung stellen die Agrarier gegenüber der Regierung, welche erst in der Thronrede erklärt hat, daß es die Pflicht der Staatsgewalt sei, gegenüber den streitenden Interessen der verschiedenen Elemente das Gesamtinteresse des Gemeinwessens und die Grundzüge der ausgleichenden Gerechtigkeit zur Geltung zu bringen, um durch Milderung der wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze das Gefühl der Zufriedenheit und der Zusammengehörigkeit im Volke zu erhalten und zu fördern. Eine Begünstigung der Reicheren aber auf Kosten Aller wäre das gerade Gegentheil der Politik, zu der sich die Regierung bekannt hat. Um so seltsamer war es, daß Graf Limburg dem Centrum einen Vorwurf daraus machte, daß es die Dinge nicht an und für sich betrachte und in Verbindung bringe mit Sachen, die damit nichts zu thun haben, und Concessionen verlange. Von zwei Dingen eins: entweder die Konservativen sind von der Nothwendigkeit der Maßregeln zur Wiederherstellung der Sozialdemokratie überzeugt, dann müssen sie bedingungslos zustimmen. Oder sie sind nicht davon überzeugt, dann gehen sie ebenso, wie nach ihrer Voraussetzung das Centrum, darauf aus, ein Handelsgeschäft zu machen und ein unmißiges und deshalb gefährliches Gesetz machen zu lassen, wenn die Regierung den verlangten Preis bewilligt. Das nennen unsere Agrarier: ideale Ziele verfolgen. Zeigt sich auch die Regierung von dieser „idealen“ Gesinnung befeelt, so sind die Herren Graf Limburg und Gen. zu noch ganz anderen Leistungen auf dem Gebiete des Kampfes gegen den Umsturz bereit.

Graf Limburg ist darin mit dem Frh. v. Stamm einverstanden, daß die Sozialdemokratie nicht länger als eine gleichberechtigte politische Partei anerkannt werden darf; er spottet bereits über das Wort von dem „berechtigten Kern“ der sozialdemokratischen Bestrebungen, obgleich Niemand anders als Fürst Bismarck der Urheber desselben ist.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Die ungarische Kabinetskrisis hat schließlich doch mit einem Erfolge der liberalen Partei gedeutet. Die Kabinettsbildung hat der bisherige Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses, Baron Banffy, einer der entschiedensten Liberalen und der den Liberalen genehmigte Candidat, übernommen und damit ist die liberale Partei auch weiterhin als führende Regierungspartei anerkannt worden. Daß das Zugehändnis des Kabinetts Banffy ein Nachgeben der Krone an die ungarische liberale Partei bedeutet, erscheint zweifellos nach den Verlautbarungen über die Pläne des Grafen Khuen-Hedervary, welchen der König als Kabinettsminister gewünscht hat. Die Liberalen hatten zwar von Anfang an zu erkennen gegeben, daß Baron Banffy ihr Candidat sei. Sie hatten jedoch auch ein Kabinet Khuen acceptirt und schienen sogar zu Concessionen bereit zu sein, die von voriger Jahr für den Bestand der liberalen Partei verhängnißvoll sein mußten. Graf Khuen-Hedervary hat aber noch bei Zeiten erkennen lassen, daß seine Politik dahin ginge, der liberalen Partei thatsächlich die Führung aus der Hand zu nehmen. Das Ansinnen des Grafen Khuen an die Partei, hierzu ihre Zustimmung zu geben, hatte dann aber eine scharfe Abweisung erfahren. Schon im Juni v. J. nach der ersten Demissionirung des Kabinetts Weterle hatte Graf Khuen-Hedervary die Kabinettsbildung versuchen wollen, war aber mit Hohn von der liberalen Partei zurückgewiesen worden. Diesmal fehlte das persönliche Moment, welches im vorigen Jahre für die Partei maßgebend gewesen war, da es sich nicht mehr darum handelte, dem bisherigen Ministerpräsidenten noch ein besonderes Vertrauensvotum zu erteilen, wie damals im Kampf um die

Landesvertheidigungsminister Baron Fejervary und der Unterrichtsminister Baron Götvös behalten ihre Portefeuilles. Der bisherige Handelsminister Lufacs wird zum Justizminister. Hieronymi, der bisherige Minister des Innern, soll ein anderes Ressort übernehmen. Josipovic bleibt Minister in Kroatien. Als Nachfolger des bisherigen Justizministers Szilagyi ist, wie der „Pester Lloyd“ mittheilt, ein Politiker in Aussicht genommen, der als ehemaliger Mitarbeiter Szilagys in seiner Person die größten Bürgschaften für die Fortführung des von seinem Vorgänger begonnenen Werkes zu vereinigen scheint. Es blieben nur noch das Portefeuille für Ackerbau und das Ministerium a latere in Schwabe; auch bezüglich dieser Ministerien aber nahm man eine baldige Entscheidung als sicher an. Die Vorschläge Banffys über die Besetzung der Ministerien sind vom König ohne weiteres genehmigt worden. Eine etwaige Candidatur des bisherigen Justizministers Szilagyi zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses würde nach dem Regierungsblatte dem König genehm sein.

Italien. Der Bestand der erythraischen Colonie scheint durch die doppelte Befahr, die ihr aus Abyssinien und vom Sudan droht, ernstlich in Frage gestellt zu sein. Es stellt sich heraus, daß die abessinischen Häuptlinge durchaus nicht geschlagen sind, und man sogar von ihnen einen direkten Angriff befürchtet. General Baratieri ist deshalb noch gar nicht nach der erythraischen Colonie zurückgekehrt, sondern hat an der Grenze der abessinischen Landstriche Tigre Halt gemacht. Die italienischen Streitkräfte sind, wie der „Voss. Ztg.“ aus Rom gemeldet wird, in zwei Abtheilungen am oberen Mareb aufgestellt, um jeden Vormarsch Was Wangaschas, der am Belesa, einem linken Nebenflusse des Mareb, steht, aufzuhalten. Am rechten Marebufer, beim Fort Abugri, steht General Rimondi; am linken bei Abisadi, hinter dem Nebenfluß Nairai, etwa 25 Kilometer von Abugri und von Belesa, steht der Statthalter General Baratieri. Seine Streitkräfte genügen gegen die tigrinischen Häuptlinge, doch wird zur Sicherung Kassalas und Kerens neuer Nachschub abgehen.

Bulgarien. Von dem Complot gegen ambulow wegen dessen angeblicher Beteiligung der Ermordung Belisajews hat die bulgarische Regierung nur nothgedrungen Abstand genommen. Sie läßt bereits offiziös erklären, daß die gerichtliche Anklage gegen Stambulow gänzlich geschlossen sei. Wahrscheinlich sei die Untersuchung ausgestellt. Nachträglich sucht sich die Regierung nach außen hin weiß zu waschen und thut als ob eine Verhaftung Stambulows gar nicht in Betracht gewesen sei, während in den Augen aller sachkundigen Beurtheiler feststeht, daß man thatsächlich versucht hat, durch eine kunstvoll inszenirte Anklage, an deren Richtigkeit jedenfalls niemand nimmer glaubt, hat als die bulgarischen Machthaber selbst, Stambulow unschädlich zu machen. Jetzt ist es freilich, eine Verhaftung Stambulows sei nicht beabsichtigt gewesen; die Alten seien zunächst an Kriegsminister überwiesen worden, und falls die Verhaftung sich später als nothwendig erweisen sollte, so werde sie von dem Untersuchungsrichter des Schworenengerichtes angeordnet werden. — Nach Verhandlungen aus Sofia soll die Position des Ministeriums Stoilow in Folge der mißlungenen Action gegen Stambulow erheblich erschüttert sein. Der Fürst soll beabsichtigen, ein Ministerium im Sinne Jantos zu bilden.

Serbien. Der König von Serbien hat in den letzten Tagen durch Vermittlung des Justizministers Jordjewitsch die Stimmung der radikalen Führer kühlen lassen, die, wie die „Köln. Ztg.“ mittheilt, vereinbarlich antworteten, sie alle würden die Regierung nur dann übernehmen, wenn Milan das and verlasse und die abgeschaffte Verfassung wieder hergestellt werde.



auch noch das Ministerium des Innern. Der